



## Wichtigste Ergebnisse des Berichts 2021 über Nordmazedonien

Straßburg, 19. Oktober 2021

### WESENTLICHE ELEMENTE DES BEITRITTSPROZESSES

Was die **politischen Kriterien** betrifft, so hat Nordmazedonien seine Anstrengungen zur Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit fortgesetzt, unter anderem durch die Aktivierung der bestehenden gegenseitigen Kontrolle und durch Beratungen über zentrale politische und legislative Fragen. Das Land hat seine Entschlossenheit unter Beweis gestellt, in den Schlüsselbereichen der wesentlichen Elemente Ergebnisse zu erzielen, unter anderem durch die Agenda „Europe at Home“ und den „Aktionsplan 21“ zur Korruptionsbekämpfung. Die erste Runde der Kommunalwahlen fand am 17. Oktober statt. Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE/BDIMR) hat eine Wahlbeobachtungsmission entsandt. Bei der Umsetzung der noch ausstehenden Empfehlungen der OSZE und der Venedig-Kommission wurden im Berichtszeitraum begrenzte Fortschritte erzielt. Die umfassende Überprüfung des Wahlrechts und die Annahme der einschlägigen Gesetze müssen noch rechtzeitig und in inklusiver Weise abgeschlossen werden.

Oppositionsparteien haben sich weiterhin aktiv an der Parlamentsarbeit beteiligt und bei einigen Gelegenheiten wichtige EU-bezogene Gesetze unterstützt. Die Arbeit des Parlaments wurde jedoch durch die politische Polarisierung beeinträchtigt, die durch COVID-19 noch verschärft wurde, was sich gelegentlich auf seine normale Funktionsweise auswirkte. Es müssen Anstrengungen unternommen werden, um die Rolle des Parlaments als Forum für einen konstruktiven politischen Dialog, insbesondere über die Reformagenda der EU, zu stärken. Das Parlament übte seine Gesetzgebungstätigkeit weiterhin aus. Beschleunigte Verfahren sollten nur begrenzt genutzt werden, um eine wirksame Kontrolle und Konsultation zu Rechtsvorschriften zu gewährleisten. Das Parlament übte weiterhin eine ordnungsgemäße Aufsicht über die Exekutive aus. Die Vorschläge für eine interne Parlamentsreform, die Anfang 2020 in der dritten Runde des „Jean-Monnet-Dialogs“<sup>[1]</sup> vereinbart wurden, müssen noch umgesetzt werden. Die Feststellung der strafrechtlichen Verantwortung derjenigen, die bei dem Anschlag auf das Parlament am 27. April 2017 Gewalt organisiert oder ausgeübt hatten, wurde fortgesetzt; unter anderem ergingen Urteile in erster Instanz. Die Regierung muss die Reformdynamik aufrechterhalten und sich auf die Umsetzung des bestehenden Rechtsrahmens konzentrieren, anstatt sporadisch neue Initiativen auf den Weg zu bringen. Die rechtzeitige und substanzielle Umsetzung der Reformagenda erfordert eine nachhaltige Unterstützung durch die gesamte Gesellschaft. Die Beziehungen zwischen den Volksgruppen blieben stabil und das Rahmenabkommen von Ohrid wurde weiter umgesetzt.

Organisationen der Zivilgesellschaft waren weiterhin aktiv und spielen im Reformprozess eine wichtige Rolle. Weitere Anstrengungen sind jedoch erforderlich, um einen zügigeren, sinnvolleren und transparenteren Konsultationsprozess mit der Zivilgesellschaft zu gewährleisten. Angesichts der Herausforderungen bei der Bewältigung der COVID-19-Krise sollten staatliche und nichtstaatliche Akteure langfristige Partnerschaften aufbauen und die bestehende Zusammenarbeit stärken.

Die Reform des Nachrichtendienstes, die zur Schaffung neuer Strukturen und zur Entwicklung eines Rechtsrahmens geführt hat, ist fast abgeschlossen. Das Land muss die Kapazitäten für die parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste stärken.

Bei der Reform der öffentlichen Verwaltung haben die Vorbereitungen Nordmazedoniens einen etwa mittleren Stand erreicht. **Einige Fortschritte** wurden bei der Fertigstellung der horizontalen funktionalen Überprüfung der staatlichen Verwaltung erzielt. Es ist wichtig, dass diese Überprüfung von der Regierung angenommen wird. Für die Neuorganisation staatlicher Verwaltungsstellen mit verbesserter Rechenschaftspflicht wurden Empfehlungen abgegeben. Diese müssen in die einschlägigen Rechtsvorschriften einfließen, die angenommen und umgesetzt werden sollten. Nordmazedonien überprüft derzeit den Rechtsrahmen für die Personalverwaltung durch die Überarbeitung des Gesetzes für Verwaltungsbedienstete und des Gesetzes für Beschäftigte im öffentlichen Dienst und führt außerdem ein neues Gesetz für die obere Führungsebene ein. Der neue Rahmen sollte die Verwaltung der Humanressourcen in der gesamten Verwaltung verbessern und dazu beitragen, dass Einstellungen, Beförderungen und Entlassungen, auch auf der höheren

Führungsebene, verstärkt leistungsbezogen erfolgen. Die Monitoringberichte über die Umsetzung der Strategie zur Reform der öffentlichen Verwaltung und des Programms zur Reform der öffentlichen Finanzverwaltung wurden vorgelegt. Die Staatliche Kommission für die Korruptionsprävention (SCPC) hat sich weiterhin mit Fällen von mutmaßlicher Vetternwirtschaft, Gefälligkeiten und politischer Einflussnahme bei der Einstellung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst und bei der Ernennung von Mitgliedern von Aufsichts- und Verwaltungsräten befasst. Die Ergebnisse und Empfehlungen müssen von den betroffenen Institutionen systematisch weiterverfolgt werden.

Die Vorbereitungen im Bereich des **Justizsystems** von Nordmazedonien haben einen gewissen/etwa mittleren Stand erreicht. Einige Fortschritte wurden bei der Umsetzung der Strategie für die Justizreform sowie der Empfehlungen der Venedig-Kommission und der hochrangigen Sachverständigengruppe zu systembedingten Problemen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit erzielt. Es müssen noch Anstrengungen unternommen werden, um die systematische Umsetzung des aktualisierten Aktionsplans für die Strategie der Justizreform und der Personalstrategien für Justiz und Staatsanwaltschaft sicherzustellen. Die Justizorgane wenden weiterhin die neuen Vorschriften für Ernennung, Beförderung, Disziplinarmaßnahmen und Entlassung von Richtern und Staatsanwälten an. Die meisten Durchführungsvorschriften zum überarbeiteten Gesetz über den Rat der Staatsanwälte wurden verabschiedet. Es ist wichtig, die Umsetzung des Rechtsrahmens und der Strategiepläne im Zusammenhang mit der Reform des Richterrats und des Rates der Staatsanwälte fortzusetzen. In einem neuen Gesetzentwurf über die Akademie für Richter und Staatsanwälte sollte die Akademie als einzige Zugangsmöglichkeit zu Berufen in Justizdienst und Staatsanwaltschaft beibehalten werden und einen fairen und transparenten Zugang zu diesen Berufen sicherstellen.

Die Vorbereitungen Nordmazedoniens bei der **Prävention und Bekämpfung von Korruption** haben einen gewissen/mittleren Stand erreicht. Einige Fortschritte wurden erzielt, da das Land seine Erfolgsbilanz bei der Ermittlung, Strafverfolgung und Verurteilung in mehreren Korruptionsfällen, auch auf hoher Ebene, weiter konsolidiert und seinen institutionellen Rahmen gestärkt hat, insbesondere die Staatliche Kommission für Korruptionsprävention (SCPC) und die Staatsanwaltschaft für organisierte Kriminalität und Korruption (OCCPO). Im April 2021 nahm das Parlament die Nationale Strategie zur Verhütung von Korruption und Interessenkonflikten für den Zeitraum 2021-2025 und den dazugehörigen Aktionsplan an, um das Engagement des Landes für die Prävention von Korruption und die Sanktionierung korrupten Verhaltens zu konsolidieren. Die von der ehemaligen Sonderstaatsanwaltschaft (SPO) eingeleiteten Verfahren kamen weiter voran, wodurch die Rechenschaftspflicht für das illegale Abhören geschaffen wurde. In einer Reihe von Fällen wurden Urteile in erster Instanz erlassen, und auf der Grundlage von Ermittlungsmaterial der ehemaligen Sonderstaatsanwaltschaft wurden neue Verfahren eingeleitet. Die Staatliche Kommission für Korruptionsprävention hat sich aktiv für die Verhütung von Korruption eingesetzt und mehrere Verfahren eingeleitet, unter anderem gegen hochrangige Beamte. Der Staatlichen Kommission wurden neue Räumlichkeiten zugewiesen. Dennoch sollten die Bemühungen zur Verbesserung ihrer Funktionsweise fortgesetzt werden, insbesondere durch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die Einstellung von Fachpersonal.

Bei der **Bekämpfung der organisierten Kriminalität** haben die Vorbereitungen Nordmazedoniens einen gewissen Stand erreicht. Der Rechtsrahmen entspricht weitgehend europäischen Standards und die Bemühungen zur Umsetzung von Strategien gegen organisierte Kriminalität müssen fortgesetzt werden. Auf operativer Ebene wurden einige Fortschritte erzielt, doch zur Verbesserung der Wirksamkeit der Strafverfolgung bei der Bekämpfung bestimmter Formen von Kriminalität, wie Geldwäsche und Finanzstraftaten, sind weitere Maßnahmen erforderlich. Die Koordinierung ist weiterhin für alle Beteiligten bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität von entscheidender Bedeutung.

Im Einklang mit den Zielen des Gemeinsamen Aktionsplans zur Terrorismusbekämpfung für den westlichen Balkan und der bilateralen Durchführungsvereinbarung wurden einige Fortschritte bei der **Bekämpfung des Terrorismus und bei der Prävention/Bekämpfung von gewaltbereitem Extremismus** erzielt. Im Juni 2020 wurde ein nationaler Plan für die Wiedereingliederung, die Resozialisierung und die Rehabilitation aus dem Ausland zurückkehrender Kämpfer und ihrer Familienangehörigen angenommen, um die festgelegten Prioritäten für die Prävention von gewaltbereitem Extremismus und Radikalisierung umzusetzen.

Der Rechtsrahmen zum Schutz der **Grundrechte** steht weitgehend im Einklang mit europäischen Standards. Das Gesetz über die Prävention und den Schutz vor Diskriminierung ist in Kraft und die Kommission für die Prävention und den Schutz vor Diskriminierung wurde eingerichtet. Bei der Abkehr von der Heimunterbringung wurden echte Fortschritte erzielt und fast alle betroffenen Kinder in lokalen Fürsorgeeinrichtungen untergebracht. Das Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik investiert in gemeindenahen Diensten, auch zur Unterstützung von Opfern geschlechtsspezifischer

Gewalt. Mit der Verabschiedung des Gesetzes über Prävention und Schutz vor Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt wurden mit parteiübergreifender Unterstützung bedeutende Fortschritte erzielt. In Bezug auf Gender Mainstreaming und Frauenrechte ist eine Verbesserung zu verzeichnen, wobei Frauen zu den am stärksten von der Pandemie betroffenen Personengruppen gehören. Die Empfehlungen europäischer und internationaler Menschenrechtsorgane, insbesondere in Bezug auf die Behandlung inhaftierter und verurteilter Personen, müssen unverzüglich vollständig umgesetzt werden. Außerdem ist es wichtig, dass Nordmazedonien die Anwendung der Rechtsvorschriften über Hassreden und des nationalen Aktionsplans zur Umsetzung des Übereinkommens von Istanbul verbessert. Der Mechanismus für die zivile externe Kontrolle der Polizei ist nicht voll funktionsfähig, und das Fehlen wirklich unabhängiger Ermittler behindert die Bemühungen um die Bekämpfung der Straffreiheit der Polizei sowie eine wirksame Strafverfolgung. Das Land sollte weiterhin die Lage in den Gefängnissen verbessern und verstärkt Alternativen zur Inhaftierung anbieten.

Die Vorbereitungen Nordmazedoniens im Bereich des **Rechts auf freie Meinungsäußerung** haben einen gewissen/mittleren Stand erreicht. Insgesamt waren im Berichtszeitraum begrenzte Fortschritte zu verzeichnen. Der allgemeine Kontext ist der Medienfreiheit förderlich und ermöglicht eine kritische Berichterstattung in den Medien, obwohl die Spannungen während der COVID-19-Krise zugenommen haben. Die Selbstregulierungsbestrebungen müssen wieder aufgenommen und konkrete Ergebnisse bei den beruflichen Standards des Journalismus erzielt werden. In Bezug auf Werbung in den Medien durch staatliche Institutionen und politische Parteien sollte für mehr Transparenz gesorgt werden. Die Behörden müssen ihre Anstrengungen zur Reform der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt verstärken und ihre Unabhängigkeit und finanzielle Tragfähigkeit gewährleisten. Die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt hat eine Fünfjahres-Entwicklungsstrategie angenommen, der Reformprozess wird jedoch durch Verzögerungen bei der Ernennung der Mitglieder des Verwaltungsrats und des Rates der Agentur für audiovisuelle Mediendienste beeinträchtigt. Die COVID-19-Krise hatte starke wirtschaftliche Auswirkungen auf den Mediensektor, insbesondere auf die regionalen und lokalen Akteure. Die Medien wurden im Hilfspaket berücksichtigt, auf die Arbeitnehmerrechte von Journalisten muss allerdings noch eingegangen werden.

Im Rahmen der **regionalen Zusammenarbeit** pflegte das Land weiterhin gute Beziehungen zu den anderen Erweiterungsländern und engagierte sich weiterhin in regionalen Initiativen. Bestehende bilaterale Abkommen, einschließlich des Prespa-Abkommens zwischen Nordmazedonien und Griechenland sowie des Vertrags über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit mit Bulgarien, müssen von allen Parteien nach Treu und Glauben umgesetzt werden.

Was die **wirtschaftlichen Kriterien** anbelangt, so hat Nordmazedonien im Hinblick auf den Aufbau einer funktionierenden Marktwirtschaft einige Fortschritte erzielt und einen guten Vorbereitungsstand erreicht. Die von der Pandemie stark betroffene Wirtschaft rutschte 2020 in eine Rezession. Ab Frühjahr 2021 setzte eine allmähliche Erholung ein. Die Regierung hat umfassende fiskalpolitische Maßnahmen ergriffen, um die Auswirkungen der Krise auf private Haushalte und Unternehmen abzumildern. Das Haushaltsdefizit stieg 2020 auf 8,2 % des BIP, wobei sich der öffentliche Schuldenstand drastisch auf 60,2 % des BIP erhöhte, da zusätzlicher Finanzierungsbedarf gedeckt werden musste. Die Investitionsausgaben wurden im Rahmen einer Anpassung des Haushalts gekürzt, um Raum für krisenbedingte Transferzahlungen zu schaffen. Dennoch wurden weiterhin viel zu wenige Ausgaben getätigt. Die Behörden haben einige zusätzliche Maßnahmen ergriffen, um die Steuertransparenz zu verbessern, eine voll funktionsfähige Registratur staatlicher Beihilfen muss jedoch erst noch eingerichtet werden. Bei der Verbesserung der Mobilisierung und Erhebung von Einnahmen sowie der Verwaltung öffentlicher Investitionen wurden nur geringe Fortschritte erzielt, unter anderem durch einen stärkeren Rahmen für öffentlich-private Partnerschaften. Das neue Haushaltsgesetz, durch das voraussichtlich die haushaltspolitische Steuerung erheblich verbessert wird, muss noch vom Parlament verabschiedet werden und seine Umsetzung verzögert sich. Aufgrund der Lockerung der Vorschriften blieb der Finanzsektor stark und die Kreditvergabe an den privaten Sektor konstant. Das Unternehmensumfeld wurde weiterhin durch die umfangreiche Schattenwirtschaft beeinträchtigt.

Nordmazedonien hat bei der Umsetzung der Empfehlungen aus dem vergangenen Jahr einige Fortschritte erzielt und ist im Hinblick auf die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten, auf einem etwa mittleren Stand. Die Integration mit der EU in den Bereichen Handel und Investitionen wurde auch während der Pandemie fortgesetzt. Umfang und Struktur des Handels und der Produktion im verarbeitenden Gewerbe wurden im Inland und in den Ländern, die Handelspartner sind, durch Lockdowns und Unterbrechungen der Lieferkette beeinflusst. Die Struktur des Industriesektors verbessert sich kontinuierlich. Die Verringerung der Arbeitsproduktivität und der preislichen Wettbewerbsfähigkeit im Jahr 2020 spiegeln weitgehend die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie und die Maßnahmen der Regierung zum Erhalt von

Arbeitsplätzen wider. Die Lehrpläne für die berufliche Bildung wurden verbessert. Durch den Fachkräftemangel aufgrund von Mängeln in den Lehrplänen, Investitionslücken und nur begrenzter Integration inländischer Unternehmen in globale Lieferketten, wird allerdings das Potenzialwachstum eingeschränkt. Die Digitalisierung der Wirtschaft schreitet voran.

Was die Fähigkeit Nordmazedoniens betrifft, die aus der Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen zu erfüllen, so befinden sich die Vorbereitungen Nordmazedoniens in den meisten Bereichen des **Clusters 2 Binnenmarkt**, d. h. freier Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr, geistiges Eigentum und Wettbewerbspolitik, auf einem etwa mittleren Stand. Mittlerweile hat Nordmazedonien im Bereich des Gesellschaftsrechts einen guten Vorbereitungsstand erreicht, auch wenn es sich bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit noch in einem frühen Stadium befindet. Im Berichtszeitraum erzielte Nordmazedonien nur begrenzte oder gar keine Fortschritte in allen Bereichen, mit Ausnahme des freien Kapitalverkehrs, des Gesellschaftsrechts und des geistigen Eigentums, wo es einige Fortschritte machte. Insgesamt sind im kommenden Jahr weitere Fortschritte in den unter dieses Cluster fallenden Bereichen erforderlich, die für die Vorbereitungen Nordmazedoniens zur Erfüllung der Anforderungen des EU-Binnenmarkts und für die Entwicklung des Gemeinsamen regionalen Marktes von Bedeutung ist.

Insgesamt sind die Vorbereitungen Nordmazedoniens in den meisten Bereichen des **Clusters 3 Wettbewerbsfähigkeit und inklusives Wachstum**, einschließlich Informationsgesellschaft und Medien, Besteuerung, Unternehmens- und Industriepolitik, Bildung und Kultur sowie Wirtschafts- und Währungspolitik auf einem etwa mittleren Stand. Allerdings sind im Hinblick auf einen besseren Vorzubereitungsstand dieser Bereiche zusätzliche Anstrengungen erforderlich. Die Vorbereitungen in den Bereichen Wissenschaft, Forschung und Zollunion haben einen guten Vorzubereitungsstand erreicht. In den meisten dieser Bereiche wurden einige Fortschritte erzielt. Weitere Anstrengungen sind erforderlich, insbesondere in Bereichen, in denen begrenzte Fortschritte erzielt wurden, wie Informationsgesellschaft und Medien, Wissenschaft und Forschung sowie Bildung und Kultur.

Was **Cluster 4 Grüne Agenda und nachhaltige Konnektivität** betrifft, so hat Nordmazedonien bei den transeuropäischen Netzen einen guten Vorbereitungsstand erreicht. In den Bereichen Verkehrspolitik und Energie haben die Vorbereitungen einen etwa mittleren Stand und in den Bereichen Umwelt und Klimawandel einen gewissen Stand erreicht. Nordmazedonien nimmt aktiv an Sitzungen der Verkehrsgemeinschaft und der Energiegemeinschaft teil. Der Vertrag zur Gründung der Energiegemeinschaft wird in hohem Maße eingehalten, insbesondere im Elektrizitätsbereich. Wie der gesamte Westbalkan hat Nordmazedonien die Grüne Agenda für den Westbalkan auf dem Gipfeltreffen in Sofia im Dezember 2020 gebilligt. In diesem Jahr wurden im Energiesektor einige Fortschritte erzielt, insbesondere im Hinblick auf die Annahme des nationalen Energie- und Klimaplanes. In den Bereichen Verkehr, Umwelt und Klimawandel wurden jedoch nur begrenzte Fortschritte erzielt. Das Land muss seine Anstrengungen zur ordnungsgemäßen Umsetzung des Besitzstands der Kapitel 14 und 27 erheblich verstärken. Durch diese Anstrengungen werden die Effizienz des Wirtschafts- und Investitionsplans gesteigert und die Umsetzung der Grünen Agenda für den Westbalkan beschleunigt. Die Verwaltungskapazitäten müssen in allen Bereichen gestärkt werden. Darüber hinaus müssen Strategien, Aktionspläne und Rechtsvorschriften in diesen Bereichen mit den Grundsätzen und Prioritäten der Grünen Agenda im Einklang stehen und die Kohärenz zwischen den einschlägigen sektorspezifischen Dokumenten gewährleisten.

In den meisten Bereichen des **Clusters 5 Ressourcen, Landwirtschaft und Kohäsion** sind die Vorbereitungen Nordmazedoniens auf einem etwa mittleren Stand. Die Vorbereitungen im Bereich Lebensmittelsicherheit sowie bei der Tier- und Pflanzenschutzpolitik haben einen guten Stand erreicht und die Finanz- und Haushaltsvorschriften befinden sich in einem frühen Stadium der Vorbereitung. Im Berichtszeitraum wurden gute Fortschritte in den Bereichen Lebensmittelsicherheit sowie Tier- und Pflanzenschutzpolitik<sup>[2]</sup> erzielt, während in der Landwirtschaft und bei der Entwicklung des ländlichen Raums einige Fortschritte erreicht wurden. Allerdings sind weitere Anstrengungen erforderlich, insbesondere in Bereichen, in denen begrenzte oder keine Fortschritte erzielt wurden, wie Fischerei, Regionalpolitik und Koordinierung der strukturpolitischen Instrumente sowie Finanz- und Haushaltsvorschriften.

In den unter **Cluster 6 Außenbeziehungen** fallenden Bereichen haben die Vorbereitungen Nordmazedoniens einen etwa mittleren Stand erreicht und im Berichtszeitraum einige Fortschritte erzielt. Im Bereich der gemeinsamen Handelspolitik war Nordmazedonien weiter bestrebt, seine Standpunkte zu koordinieren und seine handelspolitischen Maßnahmen, auch im Rahmen der WTO, eng mit denen der EU abzustimmen. In den Bereichen der Entwicklungspolitik und der humanitären Hilfe sind jedoch keine Fortschritte zu verzeichnen. Die Vorbereitungen Nordmazedoniens im Bereich der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sind auf einem etwa mittleren

Stand. Das Land hat seine Angleichung an die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU auf 96 % erhöht und seine Beteiligung an Krisenbewältigungsmissionen und -operationen der EU verbessert.

Nordmazedonien bleibt eine der wichtigsten Transitrouten für Migrationsbewegungen. Das Land spielt weiterhin eine konstruktive Rolle bei der Steuerung **gemischter Migrationsströme**. Es arbeitet wirksam mit Nachbarländern und EU-Mitgliedstaaten zusammen, auch mit abgestellten Beamten aus den EU-Mitgliedstaaten vor Ort. Es wurden weiterhin Anstrengungen unternommen, um für alle Migranten, die sich im Land aufhalten, die Grundversorgung und die Bereitstellung grundlegender Dienste zu gewährleisten. Es bedarf noch einer systematischeren Registrierung von Migranten und einer verbesserten schutzbedarfsgerechten Profilerstellung. Die Statusvereinbarung mit der EU, die die Entsendung einer ständigen Reserve der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) nach Nordmazedonien ermöglichen würde, wurde aufgrund einer noch offenen bilateralen Frage bislang nicht unterzeichnet. Das Land sollte bei der Bekämpfung der Migrantenschleusung systematischer vorgehen.

## **Wichtige Daten**

**Juni 2003:** Auf dem Gipfeltreffen EU-Westbalkan in Thessaloniki wird die EU-Perspektive für den westlichen Balkan bekräftigt.

**März 2004:** Das Land stellt seinen Antrag auf Beitritt zur Europäischen Union.

**April 2004:** Das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen tritt in Kraft.

**Dezember 2005:** Dem Land wird der Kandidatenstatus gewährt.

**Oktober 2009:** Die Europäische Kommission empfiehlt erstmals die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen.

**Dezember 2009:** Visumfreies Reisen für Staatsbürger des Landes in den Schengen-Raum.

**März 2012:** Einleitung eines Beitrittsdialogs auf hoher Ebene mit der Kommission.

**November 2015:** Die Europäische Kommission macht ihre Empfehlung von der weiteren Umsetzung der Vereinbarung von Pržino und erheblichen Fortschritten bei der Durchführung „dringender Reformprioritäten“ abhängig.

**Februar 2018:** Die Europäische Kommission nimmt ihre Strategie für „Eine glaubwürdige Erweiterungsperspektive für und ein verstärktes Engagement der EU gegenüber dem westlichen Balkan“ an.

**April 2018:** Die Europäische Kommission empfiehlt dem Rat, angesichts der erzielten Fortschritte die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit dem Land zu beschließen.

**Mai 2018:** Auf dem Gipfeltreffen EU-Westbalkan in Sofia wird die europäische Perspektive der Region bekräftigt und eine Reihe konkreter Maßnahmen zur Stärkung der Zusammenarbeit in den Bereichen Konnektivität, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit vorgestellt.

**Juni 2018:** Der Rat gibt den Weg für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit dem Land im Juni 2019 vor– in Abhängigkeit von den erzielten Fortschritten.

**Februar 2019:** Die EU wird förmlich über das Inkrafttreten des Prespa-Abkommens in Kenntnis gesetzt.

**Mai 2019:** Die Europäische Kommission empfiehlt die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen.

**Februar 2020:** Die Kommission legt eine überarbeitete Methodik vor, um den Erweiterungsprozess mit stärkerer politischer Steuerung und mehr Glaubwürdigkeit, Berechenbarkeit und Dynamik voranzubringen

**März 2020:** Die Mitglieder des Europäischen Rates billigen den Beschluss des Rates „Allgemeine Angelegenheiten“, Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien aufzunehmen.

**Juli 2020:** Den Mitgliedstaaten wird der Entwurf des Verhandlungsrahmens vorgelegt.

**Oktober 2020:** Die Kommission schlägt einen Wirtschafts- und Investitionsplan vor, um den Westbalkan zu unterstützen und näher an die EU heranzuführen.

**Oktober 2021:** Die Kommission bestätigt, dass Nordmazedonien die Voraussetzungen für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen weiterhin erfüllt und sieht der möglichst baldigen Ausrichtung der ersten Regierungskonferenz erwartungsvoll entgegen.

## Weitere Informationen

[Bericht über Nordmazedonien 2021](#)

[Erweiterungspaket 2021](#)

[Infografik – Nordmazedonien](#)

[1] Der „Jean-Monnet-Dialog“, der 2018 vom Europäischen Parlament zusammen mit dem nordmazedonischen Parlament ins Leben gerufen wurde, zielt darauf ab, Vertrauen zwischen den politischen Parteien aufzubauen und die demokratische Kultur und die demokratischen Verfahren im Parlament zu stärken.

[2] Maßnahmen zur Bekämpfung von Pflanzenkrankheiten, insbesondere bei landwirtschaftlichen Nutzpflanzen.

QANDA/21/5280

Kontakt für die Medien:

[Ana PISONERO-HERNANDEZ](#) (+32 2 295 43 20)

[Zoï MULETIER](#) (+32 2 299 43 06)

Kontakt für die Öffentlichkeit: [Europe Direct](#) – telefonisch unter [00 800 67 89 10 11](#) oder per [E-Mail](#)